

## Im Alleingang. Die Folgen des EWR-Neins von 1992

Autor(en):           Beat Münch  
Quelle:                Basler Stadtbuch  
Jahr:                 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/18750d95-76ad-40b8-98c3-09c581d87701>

### **Nutzungsbedingungen**

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

## Schweizer Forschung im Abseits?

Seit 1992 hat sich die Zahl der Projekte mit Schweizer Beteiligung, die innerhalb der Forschungs-Rahmenprogramme der Europäischen Union durchgeführt werden, mehr als verzehnfacht: Wurden damals noch 61 Anträge gezählt, so waren es im vergangenen Jahr bereits mehr als 900. Allein aus Basel gingen in Bern 35 Gesuche für Projektbeteiligungen ein; ihre Gesamtsumme betrug mehr als 16 Millionen Franken. Es scheint, dass die Forscherinnen und Forscher mit ihren Projektanträgen, die sie gemeinsam mit europäischen Partnern nach Brüssel schicken, zumindest im Bereich der Wissenschaft das knappe «Nein» der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach Kräften widerlegen wollten. Unterstützt werden sie dabei vom Bund, der sich bereits vor der EWR-Abstimmung einen Kredit von 477 Millionen Franken zur Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen vom Parlament bewilligen liess. Der ansehnliche Betrag blieb nach dem 6. Dezember 1992 im Land und finanziert seither die Schweizer Beteiligung an der EU-Forschung, die auf der Grundlage eines weiterhin gültigen Kooperationsvertrages aus dem Jahre 1986 noch immer möglich ist, aber von Brüssel nicht mitfinanziert wird. Bis Mitte 1995 hatte der Bund rund 133 Millionen Franken für abgeschlossene und laufende Projekte bewilligt.

Eine Vollbeteiligung am laufenden 4. Forschungs-Rahmenprogramm der EU würde die Schweiz aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit rund 620 Millionen Franken kosten; das wären 3,4% der gesamten Programmkosten. 1994 hat das eidgenössische Parlament auf Antrag des Bundesrates den Beitrag an die EU-Forschung um 554 Millionen Fran-

ken aufgestockt. Damit wäre die Ausgangslage für die Verhandlungen über ein bilaterales Forschungsabkommen – auch nach dem Abstimmungsergebnis vom 6. Dezember 1992 – durchaus günstig. Das Interesse an einem solchen Abkommen liegt dabei keineswegs einseitig auf Schweizer Seite. Die Kommission in Brüssel ist ihrerseits an der Schweiz als wissenschaftlich und wirtschaftlich potenter Partnerin interessiert und hätte auch gerne für EU-Forscher erleichterten Zugang zu Nationalen Forschungs- (NFP) und Schwerpunktprogrammen (SPP).

### «Parallélisme approprié» als Hemmschuh

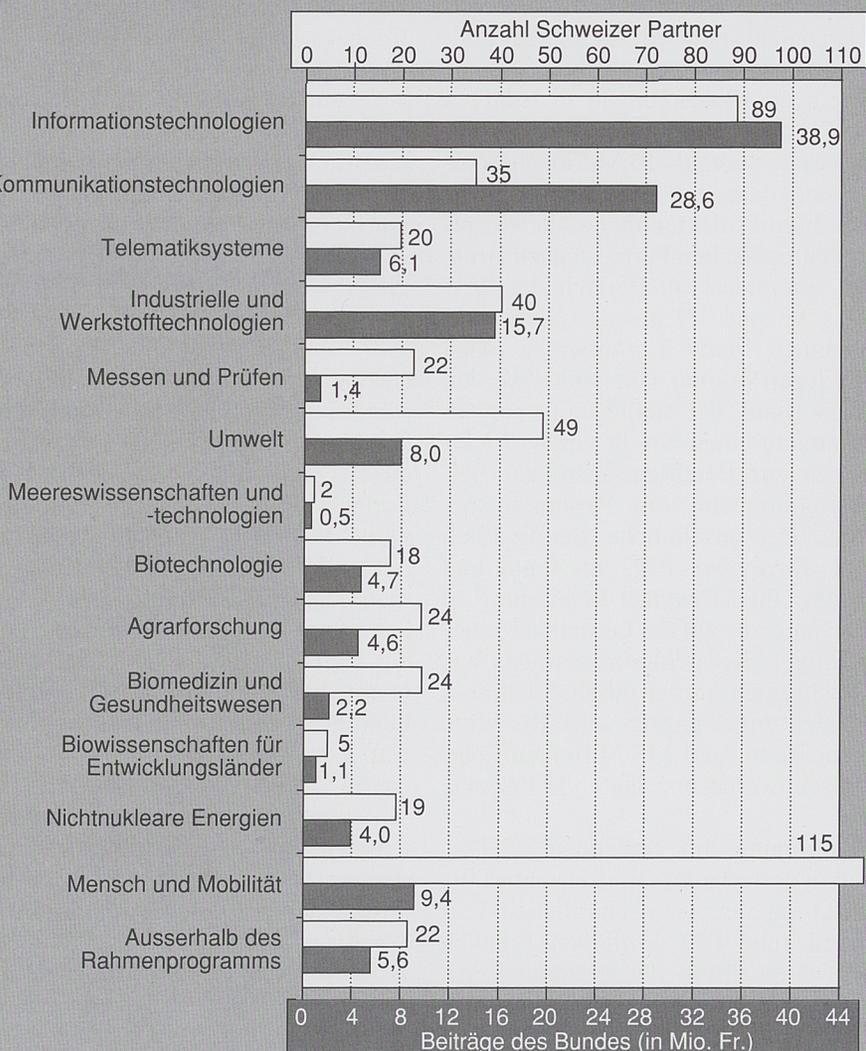
Dass die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gekommen sind, liegt vor allem am Prinzip des «Parallélisme approprié», an dem die EU festhält. Das Prinzip besagt, dass ohne Fortschritte in den Dossiers «Land- und Luftverkehr» sowie «Personenverkehr» auch im Bereich «Forschung» kein Vertrag zustande kommen kann. Der schleppende Gang der Verhandlungen hatte unter anderem zur Folge, dass der Schweiz der «Erasmus»-Vertrag, der vor allem die studentische Mobilität förderte, gekündigt wurde. Verhandlungen für einen Beitritt zum Nachfolgeprogramm «Sokrates» will die EU offensichtlich erst nach erfolgreichem Abschluss der bilateralen Verhandlungen aufnehmen. In der Zwischenzeit muss auch hier der umständliche und teure Weg von Einzelabsprachen mit EU-Ländern gegangen werden. Ähnliches gilt für das Programm «COMETT» zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschule und Wirtschaft durch gemeinsame Aus- und Weiterbildung: Die Mitte 1995 ausgelaufenen Verträge wurden

nicht mehr erneuert, der Zugang zum Folgeprogramm «Leonardo» bleibt der Schweiz vorläufig verwehrt. So kann z. B. die Universität Basel ihre Ausbildungspartnerschaft Hochschule/Wirtschaft, die sie gemeinsam mit den oberrheinischen Partneruniversitäten von 1992 bis 1995 unter dem Titel «Eucor-Chemipharm» erfolgreich betrieben hatte, trotz Anerkennung aus Brüssel nicht weiterführen. Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft will nun mit Überbrückungsmassnahmen dafür sorgen, dass

die geleistete Aufbauarbeit nicht vollständig im Sand versickert.

Bezüglich der Forschung, die im 4. Rahmenprogramm stattfindet, führt das EWR-Nein also zunächst dazu, dass die Schweiz gleichsam als «silent partner» weiterhin an Projekten mitarbeiten kann, soweit sie ihre Teilnahme selbst finanziert. Dies mag manchen gar nicht so schlecht erscheinen, ist doch damit gewährleistet, dass die gesprochenen Kredite vollständig der Forschung im eigenen Land zugute kommen. Die

### Anzahl Schweizer Partner in EU-Projekten und vom Bund geleistete Beiträge an Schweizer Projekte (Zeitraum vom 1.1.92 bis 15.6.95)



Nachteile dieser Art von Beteiligung dürfen jedoch nicht vergessen werden: Bei der Planung und Auswahl der Themen, die in ein Rahmenprogramm aufgenommen werden sollen, können Schweizer Forscher zur Zeit nicht mitreden. Ihr Zugriff auf die Forschungsergebnisse ist zudem beschränkt, was wiederum negative wirtschaftliche Auswirkungen haben kann.

### **Forschung – Motor für die Wirtschaft**

Das Hauptziel der Forschungs-Rahmenprogramme der EU ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft im globalen Markt. Erreicht werden soll dies durch Beseitigung von Hindernissen im Binnenmarkt mit Hilfe europaweiter Standardisierung und Normierung. Auch die Kooperation von Universitäten, Forschungszentren und Industrie, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), soll gefördert werden. Richteten sich die Projekte am Anfang hauptsächlich auf den Bereich «Hochtechnologie» aus, so werden nun in bescheidenem Masse auch die Themen «Gesellschaft» und «Umwelt» als bestimmende Faktoren einer Entwicklung berücksichtigt, die über die rein wirtschaftlich ausgerichtete Europavision hinausgeht. Entscheidend ist dabei die Anwendung des sogenannten «top-down»-Prinzips: Die förderungswürdigen Forschungsgebiete bzw. Fragestellungen werden zentral festgelegt und bestimmen für mindestens vier Jahre die Subventionsflüsse.

Im Gespräch mit Schweizer Forschern und Forscherinnen, die Erfahrung mit EU-Projekten haben, wird immer wieder deutlich, dass der Beteiligung an der EU-Forschung grosse Bedeutung beigemessen wird, auch wenn bisweilen der administrative Aufwand zuerst abschreckend wirkt. Als Vorteile werden vor allem die Erweiterung der Beziehungsnetze innerhalb Europas und der Zugang zu den Forschungsergebnissen der Partner genannt, der vertraglich garantiert ist – wobei letzteres für die Schweiz derzeit eben nur in eingeschränktem Masse gilt. Ein wichtiger Punkt ist weiterhin, dass mit der Forschungszusammenarbeit oft die Erschliessung neuer Märkte einhergeht. Unterstrichen wird die wirtschaftliche Bedeutung der grenzüberschreitenden Forschung

durch die Beobachtung, dass industrielle Produkte zunehmend in Zusammenarbeit entwickelt werden. «Am Ende dieses Jahrhunderts gibt es wahrscheinlich kein marktfähiges industrielles Produkt mehr, das vollständig in einem einzigen Unternehmen entwickelt worden ist», formulierte dies pointiert Antonio M. Taormina, der Leiter der Koordinationsstelle für schweizerische Beteiligungen an internationalen Forschungsprojekten (KBF) anlässlich einer Pressekonferenz im August 1995 in Bern. Infolge der Globalisierung der Märkte und der immer schnelleren technologischen Entwicklung werden die Kosten für Forschung und Entwicklung nicht nur für kleine und mittlere, sondern auch für grosse Unternehmen zum Problem. Nicht umsonst arbeitet beispielsweise die pharmazeutische Industrie daran, die Einführungszeit eines Medikamentes von ca. zwölf auf acht Jahre zu verkürzen. In dieser Situation ist die internationale Zusammenarbeit das einzige Rezept, um Kosten und Risiken zu verteilen. Zudem zeigt sich gerade am Beispiel Basel, dass Grosskonzerne ihre Forschungsabteilungen zunehmend dorthin verlegen, wo das Umfeld für die Konzentration von Forschung und Produktion günstiger erscheint als bei uns. Die heimische Industrie investiert ihre Mittel für Forschung und Entwicklung immer häufiger im Ausland. Aus dieser Sicht muss ein Abseitsstehen von der europäischen Forschungszusammenarbeit als eine langfristig gefährliche Strategie betrachtet werden, die einer Schwächung des Werk- und Denkplatzes Schweiz gleichkäme.

### **Integration in die europäische Forschungslandschaft**

Die Zeit drängt: Das 4. Rahmenprogramm läuft schon seit zwei Jahren und wird Ende 1998 abgeschlossen sein, die Gespräche für die nächste Runde haben bereits begonnen – ohne die Schweiz. Da und dort wird bereits die Frage laut, ob eine Vollbeteiligung am gegenwärtigen Programm überhaupt noch sinnvoll ist. Eigentlich hatte man beim Bund gehofft, spätestens Ende 1995 dabei zu sein – ein Termin, der inzwischen verstrichen ist. Um in der aktuellen Situation wenigstens die gezielte Aufarbeitung der Information über die EU-Forschung, und

damit die Beteiligung der Schweiz an den ausgeschriebenen Projekten, zu erleichtern, eröffnete das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft unter dem Namen «SwissCore» (Contact Office for Research and Higher Education) ein Informations- und Verbindungsbüro in Brüssel. Die operationelle Verantwortung wurde dem Schweizerischen Nationalfonds übertragen. Dies darf als Zeichen für die Absicht des Bundes gewertet werden, die Integration der Schweiz in Europa im Bereich der Forschung voranzutreiben.

Nach dem EWR-Nein hatte sich die Diskussion ganz auf die Beteiligung am 4. Forschungs-Rahmenprogramm konzentriert, das mit 13,1 Milliarden ECU (rund 18,5 Milliarden Franken) sicherlich reich dotiert ist. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Schweiz auch an anderen gesamteuropäischen Forschungsinitiativen, wie etwa «Eureka» und «Cost», beteiligt ist. Diese Programme sind föderalistischer ausgerichtet und hängen nicht von der EU ab. Im Gegensatz zum zentralistischen Ansatz, der auch von Forscherinnen und Forschern oft mit Skepsis betrachtet wird,

basieren die geförderten Projekte auf dem «bottom-up»-Prinzip: Die Vorschläge gehen von Hochschulen und Unternehmen aus und werden national finanziert. Die Förderungskredite hierfür nehmen sich allerdings relativ bescheiden aus, der Bund stellt pro Jahr jeweils rund 10 Millionen Franken bereit. Darüberhinaus beteiligt sich die Schweiz mit 39 Millionen Franken pro Jahr am CERN, dem weltweit grössten Forschungszentrum für Teilchenphysik, und mit 110 Millionen Franken pro Jahr an der Europäischen Raumfahrtorganisation ESA.

Die Folgen des EWR-Neins auf die Forschung können zum Jahreswechsel 1995/1996 am besten als «erfolgreiche Schadensbegrenzung» umschrieben werden. Die meisten Fäden, die schon vor der Abstimmung geknüpft worden waren, sind nicht zerrissen; sie sind allerdings gespannt. Dem Wunsch vieler Forscherinnen und Forscher nach festen Stricken, an denen gemeinsam mit europäischen Partnern kräftig gezogen werden kann, entsprechen sie noch nicht. Auch 1996 werden sich alle Blicke voller Erwartungen nach Bern und Brüssel richten.